Antrag

des Abg. Jan-Peter Röderer SPD

Auszahlungen von FAKT-Fördermitteln im Bereich des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Fördermittelsummen im Rahmen des Programms FAKT in den Jahren 2020 bis 2024 jeweils beantragt wurden und welche zur Auszahlung kamen;
2. wie viele landwirtschaftliche Betriebe bzw. Förderberechtigten in den Jahren seit 2020 jeweils Fördermittel aus dem FAKT-Programm beantragt und erhalten haben;
3. in welchem Umfang (Zahl der betroffenen Betriebe und Gesamtsumme der ausgezahlten Fördermittel) in den Jahren seit 2020 die Mittel erst im Folgejahr ausgezahlt wurden;
4. wie es sich erklärt, dass aktuell landwirtschaftliche Betriebe noch auf die Auszahlung von Fördermitteln in teils fünfstelliger Höhe warten, die sie bereits im vergangenen Jahr beantragt haben und wie viele Betriebe davon betroffen sind;
5. welches in den letzten fünf Jahren die übliche Bearbeitungsfrist der Fördermittelanträge zu FAKT-Fördermitteln zwischen Einreichung des Antrags und Auszahlung war;
6. wie sich diese Bearbeitungszeit seit 2020 entwickelt hat und warum;
7. inwieweit in diesem Fördermittelprogramm mit Vorab-Auszahlungen, die vor der genauen Berechnung und Bewilligung erfolgen, gearbeitet wird und werden kann;
8. wie sie es bewertet, dass landwirtschaftliche Betriebe in großer Höhe über ein Jahr auf die Bewilligung und Auszahlung der FAKT-Fördermittel warten müssen und was sie dagegen unternimmt;
9. inwieweit auch andere Förderprogramme im Verantwortungsbereich des MLR von hohen Wartezeiten von über einem halben Jahr zwischen Beantragung und Bewilligung bzw. Auszahlung betroffen sind (wie z. B. Junglandwirteförderung, Investitionshilfen aus GAK-Mitteln, etc.).

22.5.2025

Röderer, Weber, Storz, Rolland, Steinhülb-Joos SPD

Begründung

Es erreichen uns vermehrt Klagen darüber, dass Fördermittel aus dem Programm FAKT (Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) extrem spät zur Auszahlung gelangen und Landwirtinnen und Landwirte oft nur getröstet werden, ohne einen Auszahlungstermin zu benennen.

Dabei muss oftmals bereits der Antrag für das Jahr 2025 gestellt werden, wobei die Betriebe dabei auch schon mit weiteren Kosten in Vorleistung gehen müssen, obwohl selbst die Fördermittel des vorherigen Jahres (hier 2024) noch nicht einmal ausgezahlt sind.

Angesichts der vielschichtigen wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft ist ein solcher Verzug politisch nicht akzeptabel.